

Kiel, 5. Februar 2016

**Stellungnahme der Vertrauenspersonen der Volksinitiative
für die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Landesverfassung,
Sitzung des Petitionsausschusses am 9. Februar 2016**

VORWORT

Bei der Überarbeitung der schleswig-holsteinischen Landesverfassung und der Einführung einer Präambel hat der Landtag im Jahr 2014 zahlreiche Werte von Menschenrecht bis Umweltschutz benannt, jedoch hat ein Bezug auf Gott und den damit verbundenen Blick auf die vielfältige Abhängigkeit des Menschen und seine begrenzte Erkenntnisfähigkeit und Entscheidungsfreiheit nicht die erforderliche Mehrheit erreicht (Demutsformel). Diese Entscheidung enttäuschte zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Formulierung wie beispielsweise im Grundgesetz („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“) gewünscht hätten. Christen, Muslime und Juden, aber auch Menschen ohne religiöse Bindung hatten sich für eine entsprechende Demutsformel eingesetzt. Es entstand eine religionsübergreifende, parteiunabhängige Volksinitiative. Zu den Initiatoren gehören Wissenschaftler, Ärzte und Künstler, Politiker und Vertreter der Religionen, der Medien sowie des Sports. Nach wenigen Monaten übergab die Initiative dem Landtag rund 40.000 Unterschriften. Die Initiatoren und die Unterstützerinnen und Unterstützer der Volksinitiative betrachten ein Menschenbild, wie es in einer Demutsformel zum Ausdruck kommt, als einen hohen Wert unserer Gesellschaft. Viele von ihnen haben einen persönlichen Gottesbezug und setzen sich für die Gesellschaft ein. Sie möchten sich mit ihrer Wertvorstellung auch in der Verfassung wiederfinden und fordern den Landtag auf, erneut in die Diskussion über einen Gottesbezug einzutreten. Darum haben sie zunächst keine Formulierung zur Grundlage der Volksinitiative gemacht. Ihre Vorstellung bringen sie nun in Form eines eigenen Vorschlags in die Debatte ein: „in Achtung der Verantwortung vor Gott und vor anderen Quellen gemeinsamer Werte“. Da ihre Beweggründe sich unterscheiden, sprechen die drei Vertrauensleute der Volksinitiative in ihrer Stellungnahme jeweils für sich.

Peter Harry Carstensen:

„Im Laufe meiner politischen Tätigkeit habe ich viele Entscheidungen treffen müssen, die mir Ratgeber und andere Experten nicht abnehmen konnten. Wenn es um Sterbehilfe geht, um Stammzellenforschung oder auch um Auslandseinsätze unserer Bundeswehr, dann braucht es als Entscheidungsgrundlage nicht zuletzt einen eigenen Werterahmen. Die Verantwortung vor Gott hat mir persönlich in meinem politischen Leben große Freiheit gegeben: die Freiheit, auch einmal gegen vorherrschende Meinungen, gegen die eigene Partei, gegen medialen Druck zu entscheiden. Freiheit deswegen, weil es einen höheren ethischen Grund gibt. Ein Gottesbezug ist, wie die in kurzer Zeit gesammelte große Zahl an Unterschriften verdeutlicht, sehr vielen Menschen in Schleswig-Holstein wichtig – wem schadet er?

Eine Verfassung soll keinen Menschen ausschließen. Gerade in den Zeiten der Ausgrenzung einzelner religiöser Gruppen kann eine erklärte ‚Verantwortung vor Gott‘

ein wichtiges Zeichen für alle Bürgerinnen und Bürger sein: für Toleranz, für Vielfalt und für gemeinsame Werte. Und dafür, dass der Mensch sich seiner Grenzen bewusst sein sollte – Grenzen der Verfügbarkeit, seiner Macht sowie der Reichweite seiner Entscheidungen.

Aus der Initiative selbst ist auf Bitten einiger Abgeordneter ein Formulierungsvorschlag vorgelegt worden, auch um jene zu berücksichtigen, die eine ‚Verantwortung vor Gott‘ für sich nicht erkennen können. Die in die Diskussion gebrachte Formulierung ist kein Glaubensbekenntnis, und auch kein Bekenntnis zur Institution Kirche. Sie könnte lauten ‚...in Achtung der Verantwortung vor Gott und anderen Quellen unserer gemeinsamen Werte...‘. Hier geht es um Toleranz, aber auch um Respekt. Und ganz wichtig: Es wird niemand ausgeschlossen – es sei denn, er/sie leugnet die Existenz gemeinsamer Werte in unserer Gesellschaft.“

Peter Harry Carstensen war von 1983 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und anschließend (bis 2012) Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter. Peter Harry Carstensen gehört zu den Initiatoren der Volksinitiative, die die Aufnahme eines Gottesbezugs in die schleswig-holsteinische Landesverfassung erreichen will.

Fatih Mutlu:

„Der Gottesbezug ist mir sehr wichtig. Der Erfolg der Volksinitiative für den Gottesbezug hat mir gezeigt, dass es viele Menschen gibt, die Gott im Alltag brauchen. Ich empfind es als schön – jedes Mal wenn jemand unterschrieb, hatte ich das Gefühl, er unterschreibt für Gott und für die Hoffnung, dass Gott uns in unseren Handlungen bei Seite steht. Gott ist für mich einzig, es gibt nichts, was Ihm ähnelt. Alles, was es auf der Erde und im Weltall gibt, jegliches Leben und Bestehen führe ich auf Gott zurück. Gott vereint alle guten Eigenschaften in sich. Wir alle sind abhängig – von anderen Menschen und von einer höheren Macht, höher als unsere Vernunft. Vor diesen tragen wir Verantwortung für unser Tun. Man kann diese Macht Gott nennen – oder auch nicht glauben. Der Mensch kann angelogen und betrogen werden. Aber mit der Verankerung der Verantwortung vor Gott in der Verfassung sind die Politiker, also die Verantwortlichen unseres Landes, nicht nur gegenüber den Menschen verpflichtet, sondern etwas anderem, wie sie es auch nennen. Es geht hier auch gar nicht um den Einzug der Kirche oder der Religion in den Staat. Ich bin für den säkularen Staat, einen Staat, der Religionsfreiheit garantiert – wie es im Grundgesetz verankert ist. Er garantiert mir meine Religionsausübung und anderen, dass sie keine Religion haben müssen. Er darf sich aber nicht über das Verhältnis der Menschen zu Gott stellen, indem er diese Verantwortung, die ich und viele andere empfinden, leugnet. Es ist ein großes Glück, in diesem Land mit verschiedenen Religionen und säkularen Weltanschauungen friedlich und respektvoll zusammenleben zu dürfen.

Der Gottesbezug in der Präambel bedeutet, dass der Respekt gegenüber Andersdenkenden ein Wert ist, der in diesem Land verankert ist. Er steht für Miteinander, für Toleranz, für das Anderssein und durchaus auch für das Gleichsein. Er grenzt nicht aus, sondern bezieht alle ein.“

Fatih Mutlu ist Kaufmann und seit 2001 Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V. (SCHURA). Er ist verheiratet, hat eine Tochter und zwei Söhne. Fatih Mutlu ist in Rendsburg geboren und lebt in Neumünster. Er gehört zu den Initiatoren der Volksinitiative, die die Aufnahme eines Gottesbezugs in die schleswig-holsteinische Landesverfassung erreichen will.

Prof. Bernhard Schwichtenberg:

„Geboren 1938 als echter Berliner bin ich nach dem Kriege im Hl. Köln aufgewachsen und durfte schon als Pennäler durch die Krypten der, mit Ausnahme des Doms, zerstörten alten Kirchen kriechen. Geprägt haben mich die lebendig-offene Lebensart und der rheinische Katholizismus mit viel Selbstbewusstsein und weniger Obrigkeitshörigkeit. In dieser Grundhaltung bin ich bis heute aktiv geblieben:

Die Kirche sind wir, das Kirchenvolk. Der Glaube an Gott bewirkt eine solide Basis.

Bei der kreativen Arbeit des Künstlers hat sich auch immer wieder der studierte Designer zu Wort gemeldet mit den Fragen nach Sinn, Zweck und Botschaft. Profitiert haben davon und von der Haltung des ‚Augen-Öffners‘ (Walter Jens über mich) viele Generationen von Studierenden der heutigen Muthesius Kunsthochschule. Neugierverhalten, intensives Hinterfragen und kritische Arbeiten als visuelle Stolpersteine sind zu meinem Markenzeichen geworden. Zahlreiche Kontakte haben sich dabei ergeben.

Nicht erst durch meine zweimalige Mitwirkung an Bundesversammlungen sondern vor allem durch meine Verbindung zu Hans Küng (Theologe) habe ich mich mit Werten, Geboten, Menschenrechten, Deklarationen und Gesetzen etc. beschäftigt. Seit es auf unserem blauen Planeten Menschen gibt, haben sie über ‚höhere Wesen‘ (Heinrich Böll), über Götter, Schöpfer/innen und Gott etc. nachgedacht und philosophiert.

So gibt es auch heute noch viele, die zur Zeit an keinen Gott etc. glauben; daneben gibt es auch viele Zweifler/-innen und viele, die sich zur Zeit für Götter oder für einen bestimmten Gott und für Religionszugehörigkeiten entschieden haben.

Als ich von der Debatte um die SH-Verfassung und deren Präambel erfuhr, interessierte ich mich dafür, denn das deutsche Grundgesetz beginnt ja in der Präambel mit den Worten: "In seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...". Dieses GG gilt als Schatz für alle Deutschen und ist daher auch eine entscheidende Basis für alle gewählten Vertreter/-innen des Volkes. Besonders gut finde ich dabei den Gottesbezug, weil er für uns Menschen so eine Art Anti-Hybris-Formel darstellt, ohne auf Kirchen oder Religionszugehörigkeiten, wohl aber auf menschliche Demut hinzuweisen. Deshalb gehört der Gottesbezug nicht nur ins GG sondern auch in die Landesverfassung. In den vergangenen Monaten habe ich viel mit Menschen, gerade auch älteren, gesprochen und wir haben über Gott und die Welt und über die wesentlichen Dinge sehr intensiv diskutiert. Dabei zeigte sich, dass die Frage nach einer höheren Instanz viele sehr beschäftigt und ihr Leben beeinflusst; ein gutes Beispiel dafür ist das erstaunlich hohe ehrenamtliche Engagement für die Flüchtlinge, das wir zurzeit erleben.

Wir ahnen ja nicht, wie viele von denen, die ohne jede kirchliche Bindung leben, sich dennoch mit Schöpfung, Jenseits und Gott beschäftigen.

Denen und den vielen anderen ist es genau wie mir wichtig, dass es einen Gottesbezug in der Landesverfassung gibt. Er drückt Einsicht in die eigene Begrenztheit aus und Toleranz.

Mein eigener Bezug zu Gott inspiriert mich, treibt mich an, gibt mir Kraft und Halt. Deshalb: Gott gehört dazu.“

Prof. Bernhard Schwichtenberg ist Künstler und Designer, em. Professor der heutigen Muthesius Kunsthochschule. Er gehört zu den Initiatoren der Volksinitiative, die die Aufnahme eines Gottesbezugs in die schleswig-holsteinische Landesverfassung erreichen will.